Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 137. Montag, 16. Juni 1930, abends. 83. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Erkenntnis und Bekenntnis.

Von einem parteipolitischen ungebundenen bekannten Finanz- und Wirtschaftspolitiker werden uns aus Anlaß der letzten Regierungskundgebung die folgenden Ausführungen zur Verfügung gestellt.

Ehe die Regierung ihre Freitag-Beratung begann, ging das Geraune durch die politischen und parlamentarischen Kreise, in dieser Sitzung der Regierung werde sich das Schicksal Moldenhauers entscheiden. Die Krise wurde nahe gesehen, mit dem Rücktritt Moldenhauers wurde bestimmt gerechnet. Er ist bisher ausgeblieben. Das will aber nicht sagen, daß die Krise nunmehr überwunden sei. Sie dauert weiter an, und zwar deshalb, weil sich die Haltung der Parteien, insbesondere zum Sanierungsprogramm, nicht geändert hat.

Die Regierung hat an ihrem Sanierungsprogramm weiter festgehalten und keinerlei Aenderung vollzogen. Sie hat es verabschiedet und wird es jetzt dem Reichsrat zuleiten. Er und der Reichstag haben das Wort. Mit dieser Beratung aber verband die Regierung eine neue Aussprache über die sogenannte Ankurbelung der Wirtschaft, kam zu der alten Erkenntnis, daß zunächst die Reichsfinanzen saniert werden müßten, daß weitgehende Ersparnisse nötig seien, die Reichsreform erforderlich wäre, die Ausgabensenkung durchgeführt werden müsse und vor allem die Möglichkeit zur Arbeit zu geben sei.

Ein Programm ist aus all den vielen Anregungen und Verheißungen der letzten Zeit geworden, deshalb, weil eine Zusammenfassung der erforderlichen Aufgaben und Maßnahmen erfolgte. Und dieses Programm sieht sich — oberflächlich gesehen — recht gut an. Es könnte fast darüber hinwegtäuschen, daß die Regierung so isoliert steht und die Meinung erwecken, man tue ihr mit allen Angriffen Unrecht. Bei näherer Betrachtung muß man leider erkennen, daß auch das neue Programm die Parteien nicht zusammenscharren und sie, dieses Programms wegen, veranlassen kann, nun ohne weiteres die Sanierungsgesetze anzunehmen.

Die Sozialdemokraten beklagen sich bereits darüber, daß eine allgemeine Senkung der Löhne und Gehälter geplant sei, die Unternehmergewinne jedoch geschont würden. Sie holen den Kern aus dem Programm, soweit er sich für sie agitatorisch verwerten läßt und sie stehen in Abwehrstellung gegen dieses Programm, das sie eine Halbheit nennen. Auch dieses Programm bringt der Regierung keine gute Presse, denn es ist anfechtbar. Wird darauf hingewiesen, daß die Ueberwindung der Arbeitslosigkeit, die Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft, die Hilfe für den Osten und die Sanierung der Finanzen Ziel der Regierungspolitik sei, so liegt bereits in der Zusammenstellung dieses Zieles ein Widerspruch. Denn drei Dinge kosten Geld: die Rentabilität der Landwirtschaft, das Ostprogramm und die Finanzsanierung. Die Gelder hierfür belasten die Wirtschaft und verhindern den Preisaubau in einem Maße, daß die Arbeitslosigkeit durch eine Belebung der Konjunktur erfolgen kann. Zur Ueberwindung der Arbeitslosigkeit sollen freilich auch Mittel bereit gestellt werden. Jedoch nicht durch Reichseinnahmen, sondern durch Kredite, durch eine Beeinflussung der Reichspost und Reichsbahn, größere Lieferungen zu vergeben. Wenn man von der Agrar- und Osthilfe einen Einfluß auf die Arbeitslosigkeit erwartet, so gibt man sich einem Irrtum hin. Die Post und die Bahn zögern mit ihrer Lieferungsvergebung, das Geld für den Baumarkt ist nicht vorhanden. Es kann noch lange dauern, bis sich Lieferungsvergebungen auswirken und vom Baumarkt, der eigentlich durch die Hauszinssteuer, die in andere Kassen fließt, finanziert werden müßte, eine stärkere Nachfrage nach Arbeitern kommt. Den Beweis hierfür haben wir dadurch bereits erhalten, daß diese Absichten nicht neu sind und obwohl sie schon mehrere Wochen laufen, in keiner Weise wirksam geworden sind.

Da aber auch gleichzeitig die Reichsreform und die Lastensenkung auf die lange Bank geschoben werden, so müssen die Lasten, die stets weiter steigen, sich zunächst ausdrücken und unerfreuliche Erscheinungen zeitigen. Gerade jetzt hört man ja wieder von Arbeiterentlassungen. So verheißungsvoll die Regierungskundmachung erscheint, sie besagt doch letzten Endes, daß sie nicht in der Lage ist, die einzelnen Ressorts zu merklicher Sparsamkeit anzuhalten, denn angeblich soll es nicht möglich sein, an den einzelnen Etatsposten etwas zu sparen. Gespart werden soll dadurch, daß freiwerdende Planstellen in der Regierung nicht mehr besetzt werden. Wenn nun nur wenige Stellen freiwerden, bleibt diese Einsparung recht bescheiden. Aber die Regierung zeigt immerhin eine große Geste: Die Minister haben auf ein Fünftel der Repräsentationsgelder verzichtet. Das soll denen, die das Notopfer zu tragen haben, gewissermaßen ein Heftpflaster auf die Wunde legen.

Und beachten wir recht: Die größten Aufgaben, die sich die Regierung gestellt hat, werden auf ferne Zeiten verschoben. Denn bis die Verwaltungsvereinfachung, die ja die größten Ersparnisse bringen soll, erfolgt, bis die Verhandlungen, die mit den Ländern geführt worden sind, jene umständlichen Beratungen um einen gemeinsamen Plan erledigt sind, kann noch viel Sturm über die Erde fegen. Mit der Lastensenkung bleibt es ebenso eine eigene Sache. Wie oft ist sie angekündigt. Es verging keine Woche, da nicht verheißen wurde, das Ausgabensenkungsgesetz sei in Bearbeitung. Schließlich hieß es sogar, es liege der Regierung bereits vor. Heute gibt die Regierung selbst zu, daß die Ausgabensenkung eine der schwersten Aufgaben sei, die sie sich gestellt habe. Es hat den Anschein, als ob — trotz der vielen Vorberichte — noch nicht einmal ein Anfang gemacht wurde. Jene Meldungen (die auch von uns auf Grund guter Informationen gebracht wurden. Die Redaktion), die von einer Vertagung der Ausgabensenkung bis zum Herbst wissen wollten, erhalten recht. Die Vertagung dieser Angelegenheit ist, nach der Regierungskundmachung bis auf weiteres beschlossen worden.

Die Regierung hat keine gute Presse, sagte ich. Ich kann diese Behauptung noch dahin erweitern: sie hat auch keine „gute Partei". Mit anderen Worten, keine Partei läßt sich durch das Aufbauprogramm über die wahre Schwäche der Regierung hinwegtäuschen. Eines nur kann unseren Beifall finden. Es ist erfreulich, wenn endlich die Ansicht Geltung erlangt hat, daß die Wirtschaft, selbst wen ndie Weltkurve tief liegt, in Deutschland durch verschiedene Maßnahmen in Gang gesetzt werden kann. Die Maßnahmen müßten nur weitgehender sein. Sie müßten kurz und knapp handeln, wenn sie gerade in der tiefsten Kurve einen Erfolg nach oben bringen sollen. Uns ist heute nicht damit gedient, daß Pläne für die Zukunft geschmiedet werden. Die gleiche Energie, die die Regierung für die Sanierungsvorlagen anwendet, müßte sie auch für die Belebung der Wirtschaft finden. Belebung der Wirtschaft heißt aber: Größte Einschränkung der Regierung selbst, Abbau aller Lasten, Arbeitsbeschaffung und damit Abbau der Ausgaben der Sozialversicherungen, Vermehrung der Kaufkraft. Und mit dieser Vermehrung der Einnahmen der breiten Masse müßte Hand in Hand gehen eine Preissenkung weitesten Formats. Wenn die Eisenindustrie nur mit etwa 4 Prozent vorangeht, kann unmöglich eine niedrigere Preisgestaltung Platz greifen und sich wirkungsvoll auf dem Markte geltend machen.

Dr. H. G.

Brief des Hansa-Bundes an den Reichskanzler.

vhz. Berlin. **Der Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie** hat an den **Reichskanzler Dr. Brüning** einen Brief gerichtet, in dem es heißt:

Das Kardinal-Problem der Wirtschaftspolitik ist jetzt **die Ueberwindung der die Existenz von Staat und Wirtschaft** schlechthin gefährdenden übergroßen Arbeitslosigkeit. Hier muß die Reichsregierung in Ausweitung der der Verbindlichkeitserklärung des Oeynhausener Schiedsspruchs zugrundeliegenden lohnpolitischen Tendenz initiativ vorgehen, um eine **einheitliche Preisabbaubewegung, gestützt und unterbaut durch eine sich der Konjunkturlage anpassende Senkung der Löhne und Gehälter, herbeizuführen.** Nur so kann die Wirtschaftsdepression überwunden und der **Gesamtheit der deutschen Arbeitnehmerschaft ein ihrer Arbeitsleistung und ihren Lebensbedürfnissen entsprechender gerechter Lohn gesichert werden.** — Dabei müssen wir aber betonen, daß das Ziel der Preissenkung, der Auflockerung der „fixen" Kostenanteile der deutschen Wirtschaftsrechnung und damit der Einfügung der deutschen Wirtschaftsentwicklung in die die Weltwirtschaft beherrschenden Tendenzen nur erreicht werden kann, **wenn die gegenwärtig überhohen öffentlichen Belastungen nicht nur nicht gesteigert, sondern ebenfalls gesenkt werden.**

Die wirtschaftliche und soziale Lage verlangt gebieterisch größtmöglichste Beschleunigung in der Durchführung der schon seit Jahren versprochenen Lastensenkungen. Es ist unrichtig, daß der wesentliche Teil der Anforderungen des Reichshaushalts zwangsläufig bedingt wäre. Die absolute Zwangsläufigkeit können wir bei einem Gesamtbedarf von rund acht Milliarden Mark nur anerkennen, gegenüber den Aufwendungen für die äußeren Kriegslasten mit 1,8 Milliarden Mark und für die Schuldzinsen mit etwa 800 Millionen Mark. Es werden dann verschiedene Einsparungsvorschläge gemacht, u. a. Abbau der Zuschüsse zur Invalidenversicherung, knappschaftlichen Pensionsversicherung und der Krankenversicherung. Auch beim Etat für die Reichswehr liegen Einsparungsmöglichkeiten vor.

Das Schreiben kommt zu dem Schluß, daß im Etat für 1930 Einsparungen von 12 bis 15 Prozent des Nettohaushalts, also von 700 bis 800 Millionen Mark möglich sind, und daß anstelle der beabsichtigten Steuererhöhungen mit Wirkung ab 1. Oktober 1930 Steuersenkungen von mehr als einer Milliarde Mark möglich sind.

Der Schlußbericht Parker Gilberts.

* Berlin. **Der Reparationsagent Parker Gilbert hat seinen Schlußbericht vorgelegt, der sich bis zum Tage der Inkraftsetzung des Youngplanes erstreckt. Im Schlußteil übt der Reparationsagent scharfe Kritik an der Finanzgebarung des Reiches.** Das Reich habe gegen den Grundsatz, daß alle Ausgaben durch Einnahmen gedeckt sein müßten, gesündigt und die oft angekündigten Reformen (Finanzausgleich, Verwaltungsreform, Reform der Arbeitslosenversicherung) nicht entschlossen genug in Angriff genommen. — (Ausführlicher Bericht folgt.)

Preissenkung und Lohnabbau.

gn. Berlin. **Innerhalb der Industrie sind, wie auch bereits gemeldet wurde, die Verhandlungen über die Frage der Verbindung des Lohnabbaues mit der Preissenkung beendet. Die Verhandlungen zwischen Industrie und Gewerkschaften waren zunächst bis zur Verständigung innerhalb der Industrie vertagt worden. Man glaubte nun, daß diese Verhandlungen, nachdem der Oeynhauser Schiedsspruch sie störte, nicht mehr aufgenommen würden. Wir erfahren jedoch von beteiligter Seite, daß schon in den nächsten Tagen wieder eine Zusammenkunft der Beauftragten der Industrie mit den Führern der Gewerkschaften erfolgen wird. Freilich liegen die Verhältnisse nach dem störenden Schiedsspruch des Reichsarbeitsministers anders, so daß die Verhandlungen nicht dort anknüpfen können, wo sie ausgesetzt wurden, sondern von vorne an beginnen müssen. Dennoch glaubt man jedoch, weil innerhalb der Industrie in einer Verständigung mit den Gewerkschaften die alleinige Hilfe gesehen wird, daß sich eine Verständigung ergeben muß. Von Gewerkschaftlicher Seite wird aber gefordert, daß die Preissenkung über den Rahmen dessen gehen müsse, was der Schwereisenverband vorgeschlagen hat. Wir hören weiter, daß diese Verhandlungen seitens der Regierung begrüßt und gefördert werden. Denn sie liegen angeblich auf der Basis der Bemühungen, die von der Regierung angestellt werden, um eine Wiederbelebung der Wirtschaft zu erreichen.**

Trauerfeier für Exz. v. Harnack.

)(Berlin. **Im Harnackhause der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft fand gestern mittag eine Trauerfeier für den verstorbenen Präsidenten der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft, Exz. Adolph v. Harnack statt, an der zahlreiche Vertreter der deutschen Wissenschaft und des öffentlichen und geistigen Lebens Deutschlands teilnahmen. Staatsminister Dr. Schmidt-Ott, Reichsminister Dr. Wirth, der als Vertreter des Reichspräsidenten und der Reichsregierung sprach, und der preußische Unterrichtsminister Dr. Grimme würdigten die Verdienste des großen Gelehrten.**

Major Pabst aus Oesterreich ausgewiesen.

)(Wien, 15. Juni. **Die Polizeikorrespondenz teilt mit: Der deutsche Staatsangehörige Major a. D. Waldemar Pabst, der im Jahre 1920 nach dem sogenannten Kapp-Putsch aus Deutschland nach Oesterreich flüchtete, wurde heute von der Bundespolizei vorgeladen und nach Durchführung des erforderlichen Verfahrens aus Oesterreich ausgewiesen, weil er sich in Oesterreich in einer für Ausländer unzulässigen Weise betätigt habe.**

Major Pabst hat am Sonntag **nachmittag 5 Uhr überraschend** im Flugzeug **Wien verlassen.** Er wurde auf seinen Wunsch an die **italienische Grenze** gebracht.

*

Erregung in den Heimwehren.

)(Wien, 15. Juni. Die Nachricht von der Vorladung des Majors a. D. Pabst zur Polizei und seiner Ausweisung hat in der Oeffentlichkeit, und besonders in Heimwehrkreisen, wo sie sehr rasch bekannt geworden ist, **größtes Aufsehen erregt.** Von der Polizei sind für alle Fälle Vorkehrungen getroffen worden, um **irgendwelche** unbesonnene Handlungen radikaler Heimwehrkreise **zu verhindern.**

Von zuständiger **Polizeiseite wird zur Ausweisung des** Majors a. D. Pabst mitgeteilt: Die Heimatbewegung ist erst in letzter Zeit zu politischer Betätigung übergegangen, während sie früher jede Politik ablehnte und die Regierung als Ordnungstruppe unterstützen wollte. Erst in letzter Zeit ist sie mit Erklärungen, welche politische Ziele verfolgten, hervorgetreten, so u. a. damit, daß sie die Macht im Staate ergreifen wolle, und ferner, **daß** sie beschlossen habe, angenommene Gesetze, die den Heimwehrkreisen nicht genehm wären, zu bekämpfen. Somit stellte sich die Heimwehr also offensichtlich gegen die Regierung, **gegen das** Parlament und gegen Regierungsbeamte und nahm gegen diese eine aggressive Haltung ein. Durch die **Mitteilung** deutscher Behörden ist nun einwandfrei festgestellt worden, **daß Major Pabst deutscher Staatsangehöriger sei,** was er auch selbst zugesteht mit dem Bemerken, er beabsichtige, die österreichische Staatsangehörigkeit erst noch zu erwerben.

Da es nicht angeht, daß ein Ausländer in so führender Rolle, wie sie Major Pabst bei der Heimwehr einnimmt, sich in innerpolitische österreichische Angelegenheiten derart aggressiv einmischt, ist er auf Grund des österreichischen Fremdenrechtes zur Polizei vorgeladen worden. Hier wurde er von der zuständigen Stelle vernommen und auf Grund **der vorliegenden Tatsachen der Ausweisungsbefehl** gegen ihn ausgesprochen.

*

Pabst in Venedig eingetroffen.

* Wien. **Wie eine hier aus Venedig eingegangene Meldung besagt, ist Major Pabst am Sonntag abend dort mit dem Flugzeug eingetroffen.**

SLUB Wir führen Wissen.